



### Presseschau vom 08.02.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends/nachts:

de.sputniknews.com: Russische Teilrepublik: Gesamte Regierungsspitze abgesetzt, Großrassia in Dagestan

In der Nordkaukasusrepublik Dagestan ermittelt eine Sonderkommission aus Moskau wegen Korruptionsdelikten. Innerhalb weniger Tage wurden führende Regierungsmitglieder – der Regierungschef, dessen beide Stellvertreter und der Bildungsminister – festgenommen. Den Beamten wird die Unterschlagung von 95 Millionen Rubel (etwa 1,35 Millionen Euro) Staatsmitteln zur Last gelegt, die für soziale Programme bereitgestellt worden waren. Das Gericht hatte am Dienstag den Haftbefehl gegen die vier Beamten sowie gegen andere Personen erlassen. Außerdem sind der Oberbürgermeister und der Oberarchitekt der dagestanischen Hauptstadt Machatschkala festgenommen worden.

Das Ermittlungskomitee Russlands hat am Mittwoch unter der Überschrift „Goldene Pistolen, Maschinenwaffen und Vintage-Vogelkäfige“ eine neue Videoaufzeichnung von Durchsuchungen veröffentlicht.

Das Video zeigt die Durchsuchung einer Einzelvilla mit Blick aufs Gebirge, die dem – bereits abgesetzten – kommissarischen Regierungschef Abdussamat Gamidow gehört haben soll. Die Ermittler sind in einer Rumpelkammer neben Kisten Alkohol auch auf zwei Kalaschnikow-MPi gestoßen. In weiteren Zimmern konnten zwei mit Intarsien versehene Pistolen (darunter eine silberfarbene Stetschkin-Pistole), eine Maschinenpistole, viele mit der Arbeit der Regierung verbundene Schriftstücke und eine ganze Menge Plastikkarten sichergestellt werden.

Nach Angaben des Ermittlungskomitees Russlands waren zuvor im Haus von Gamidow eine goldene TT-Pistole, Beretta-Pistolen und eine Makarow-Pistole entdeckt worden.

Sputnik hat am Mittwoch von der Generalstaatsanwaltschaft Russlands erfahren, dass die Behörde eine geplante Prüfung im Haus des Finanzministeriums Dagestans durchführt.

Laut einer Quelle in den Rechtsschutzorganen sind am Mittwoch in den Ministerien für Bildung, Gesundheitswesen und Finanzen Durchsuchungen im Gange.

Wie russische Medien berichten, haben die Rechtsschutzorgane mit der umfassenden Beschlagnahmung von Unterlagen in allen Ministerien beziehungsweise Dienststellen der Republik begonnen. In Dagestan sei das Personal der Verkehrspolizei vollzählig von Polizei- und Gardegruppen abgelöst worden, die aus anderen Regionen Russlands entsandt wurden.

Nach Expertenschätzungen wurde der Kampf gegen die Korruption in Dagestan auf Initiative des neuen kommissarischen Republikchefs Wladimir Wassiljew begonnen.

In einer seiner Reden hat Wassiljew, der zu diesem Zeitpunkt bereits in sein neues Amt eingesetzt worden war, die „ungehörige“ Arbeit der Regierung der Republik kritisiert, deren Haushalt zu 75 Prozent aus der Föderationszentrale dotiert wird.

Wassiljew hat am Montag die Entlassung der dagestanischen Regierung bekannt gemacht und deren Mitglieder beauftragt, ihren Funktionen bis zur Bildung einer neuen Regierung nachzukommen.

Am Mittwoch hat Wassiljew den Ex-Wirtschaftsminister der Teilrepublik Tatarstan, Sdunow, zum Vorsitzenden der Regierung der Republik per Erlass ernannt. Laut Experten hat die neue Führung Dagestans zwei Aufgaben, nämlich die negativen Folgen des clangeprägten Egoismus zu mindern und die Wirtschaft zu fördern.

Ende Januar war bekannt geworden, dass eine Sonderkommission von Moskau nach Dagestan gekommen sei, um dort die Gesetzlichkeit zu prüfen.

Laut dem Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, sind die Festnahmen in Dagestan nicht als eine politische Krise zu werten. „Das ist keine politische Krise, sondern die fortgesetzte Arbeit der Rechtsschutzorgane“, so Peskow.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/INxVB5gLJfQ" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/INxVB5gLJfQ>

Lug-info.com: „Die ukrainischen Streitkräfte haben wie zu erwarten während des Besuchs der westlichen Partner am Swetlodarsker Bogen um 19:40 aus Richtung Mironosowskij mit 152mm-Artillerie auf das Territorium der LVR im Gebiet von Wergulewka geschossen, in der Hoffnung, dass von Seiten der Volksmiliz der LVR erwiderte Aktivitäten erfolgen“, teilte der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit. Er fügte hinzu, dass zurzeit Informationen über Zerstörungen und Verletzte ermittelt werden.

#### **vormittags:**

ukrinform.ua: Gebetsfrühstück in den USA: Zahlreiche Politiker aus der Ukraine nehmen teil  
Zahlreiche Gäste aus der Ukraine nehmen am Nationalen Gebetsfrühstück mit US-Präsident Donald Trump teil. Das Ereignis findet am Donnerstag im Hotel Washington Hilton statt, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

Nach Angaben des Sprechers von "Fellowship Foundation", die das Gebetsfrühstück veranstaltet, Larry Ross, würden sich in diesem Jahr am Frühstück über 3.800 Personen aus 130 Ländern der Welt beteiligen. Nach Quellen aus der US-Regierung bestätigte Donald Trump seine Teilnahme am Ereignis.

Das Gebetsfrühstück besuchen ukrainische Politiker, Unternehmer, Geistliche und Aktivisten. In der ukrainischen Delegation sind unter anderem die Chefin der Partei „Batkiwtschyna“ Julia Tymoschnko, Anton Heraschtschenko und Pawlo Unhurjan aus der parlamentarischen Fraktion „Narodnyi Front“, Artur Herasymow aus der Partei „Blok von Petro Poroschenko“. Am Freitag wird der ukrainische Teil des Frühstücks stattfinden. Dort werden sich Vertreter der ukrainischen und einiger europäischer Delegationen sowie Vertreter der US-Regierung des Kongresses versammeln. In diesem Jahr wird beim Frühstück auch eine große Delegation aus Russland erwartet.



[https://static.ukrinform.com/photos/2018\\_01/thumb\\_files/630\\_360\\_1516782388-4731-foto-world-economic-forum.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2018_01/thumb_files/630_360_1516782388-4731-foto-world-economic-forum.jpg)

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **15 Mal** das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **12 Ortschaften der Republik** mit Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In der Folge eines Beschusses wurde ein Haus in der Lenin-Straße 82 in Dokutschajewsk beschädigt.

de.sputniknews.com: US-angeführte Koalition greift Proregierungskräfte in Syrien an - zahlreiche Tote

Die bewaffneten Proregierungsgruppen in Syrien haben nach Angaben der von den USA angeführten Anti-IS-Koalition einen Stab der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) attackiert, in dem sich auch amerikanische Berater befunden haben sollen. Als Antwort darauf wurde Reuters zufolge ein Gegenschlag gegen syrische Militärs unternommen.

„Die syrischen Proregierungskräfte haben am 7. Februar eine nicht provozierte Attacke auf den Stab der Syrischen Demokratischen Kräfte initiiert“, heißt es in der offiziellen Mitteilung. Die Attacke soll in acht Kilometer Entfernung östlich von der vereinbarten Waffenruhelinie am Euphrat verübt worden sein.

„Zur Verteidigung der Koalitions- und Partnerkräfte hat die Koalition die attackierenden Kräfte angegriffen, um einen Aggressionsakt gegenüber Partnern, die sich am Kampf gegen die Terrormiliz Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS) beteiligen, abzuwehren.“

Laut dem TV-Sender ABC wurden circa 100 Kämpfer der syrischen Proregierungskräfte getötet. Reuters spricht von mehr als 100 Opfern.

Der Vizechef des Verteidigungsausschusses im Föderationsrat (russisches Parlamentsoberhaus) Franz Klinzewitsch kommentierte den jüngsten US-Angriff so: „Das Vorgehen der US-Koalition entspricht keinen Rechtsnormen, außer jedem Zweifel ist es eine Aggression.“

Ihm zufolge „haben die Amerikaner bisher so offen nicht in Syrien agiert — das ist präzedenzlos“.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **sechsmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Nishneje Losowoje, Krasnyj Liman und Wergulewka**.

Geschossen wurde mit 152mm-Artillerie sowie mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Attacke auf Su-25 in Idlib: Erdogan kondoliert Putin nach Tod des russischen Piloten

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat dem russischen Staatschef Wladimir Putin telefonisch sein Beileid im Zusammenhang mit dem Tod des russischen Piloten Roman Filipow nach einer Attacke der Kämpfer in Syrien ausgedrückt, wie der Kreml-Pressedienst meldet.

„Die Diskussion über die Situation in Syrien ist fortgesetzt worden. Der türkische Staatschef hat dem russischen Präsidenten sein Beileid im Zusammenhang mit dem Tod des russischen Militärfliegers Filipow durch eine Attacke der Kämpfer in der Deeskalationszone Idlib gegen dessen Su-25 ausgedrückt“, heißt es aus dem Kreml.

Die beiden Staatschefs haben sich darauf geeinigt, „die Koordination der Handlungen der Streitkräfte und Sondereinheiten Russlands und der Türkei zu verstärken“, um die Terrorgruppierungen zu bekämpfen, die gegen die Waffenruhe verstoßen.

Darüber hinaus besprachen der russische Präsident und sein türkischer Amtskollege die Möglichkeit für ein Treffen der Staatschefs Russlands, der Türkei und des Iran. „Es ging um ein Treffen dreier Präsidenten. Das genaue Datum wurde bislang nicht festgelegt“, so der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow...

Dan-news.info: „Bis heute wurden in Dokutschajewsk 268 Häuser des privaten Sektors, acht Mehrparteienwohnhäuser und 13 Objekte des sozialen Bereichs, die während der Kämpfe durch Beschüsse von Seiten der ukrainischen Truppen beschädigt worden waren, wieder aufgebaut“, teilte der stellvertretende Bürgermeister der Stadt Ruslan Dolbatschew mit. Für 2018 sind Wiederaufbauarbeiten an etwa 230 weiteren Objekten geplant.

In Dokutschajewsk, einschließlich der nahe liegenden Ortschaft Jasnoje, wurden seit Beginn des Konflikts mehr als 500 Gebäude beschädigt, davon 432 private Häuser, 73 Mehrparteienwohnhäuser und 21 soziale Objekte. Während der Kämpfe wurden einige Objekte mehrfach beschossen.

In Dokutschajewsk leben etwa 21.000 Menschen. Die Stadt und die Ortschaften in ihrer Umgebung werden regelmäßig von ukrainischen Truppen beschossen, so dass häufig weitere Gebäude beschädigt werden.

de.sputniknews.com: Europa schätzt Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit Russland ein  
Die Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen Russland und Europa nimmt zu, wie in einem Bericht zur Münchner Sicherheitskonferenz, die vom 16. bis zum 18. Februar stattfindet,

festgestellt wird.

In dem Dokument unter dem Titel „To The Brink — And Back?“ (deutsch — „Bis an den Abgrund – und zurück?“) heißt es, das Risiko einer unbeabsichtigten bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Moskau und dem Westen wachse wegen der Nichteinhaltung der Vereinbarungen über die Rüstungskontrolle und die Entfaltung zusätzlicher Kräfte sowie wegen der zunehmenden Spannung um Militärübungen.

„Bei diesem schrecklichen Stand der Dinge können Fehler und Missverständnisse zu einem Krieg führen“, wird in dem Bericht festgestellt

In ihrem Bericht weisen die Autoren darauf hin, dass der Konflikt in der Ukraine die Normalisierung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen erschwere. Zudem drohe die Entscheidung der USA, Kiew tödliche Waffen zu liefern, den gegenwärtigen Stand der Dinge „zu zementieren“.

Auch werde festgestellt, dass manche EU-Mitgliedsländer sich immer öfter skeptisch über den Prozess der europäischen Integration äußern und sich Polen und Ungarn in einer „direkten Konfrontation“ mit Brüssel befinden würden.

Die Münchner Sicherheitskonferenz ist eines der wichtigsten internationalen informellen Foren, bei dem aktuelle politische Probleme, die die Balance in den internationalen Beziehungen und die Festigung der demokratischen Weltordnung berühren, erörtert werden. Erstmals hatte diese Konferenz 1963 in München als informelles Treffen von Vertretern der Verteidigungsbehörden der Nato-Länder stattgefunden. Seit 1998 wird dieses Forum von der deutschen Bundesregierung aus dem Verteidigungsetat finanziert.

Laut Medienberichten, die sich auf den langjährigen Konferenzchef Wolfgang Ischinger berufen, werden in diesem Jahr rund 600 Gäste zur Sicherheitskonferenz erwartet, darunter mehr als 20 Staats- und Regierungschefs, rund 40 Außen- sowie etwa 40 Verteidigungsminister, aber auch 50 Vorstandschefs großer Unternehmen.

[Ukrinform.ua: Poroschenko trifft sich in Wien mit Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen](#)

Der ukrainische Staatschef, Petro Poroschenko, hat sich in Wien mit dem Bundespräsidenten Österreichs Alexander Van der Bellen zu Gesprächen getroffen.

Das gab Poroschenkos Sprecher, Svyatoslav Tsegolko, auf Twitter bekannt. „In Wien begann das Treffen der Staatspräsidenten der Ukraine und Österreichs“, schrieb er. Auf dem Besuchsprogramm von Poroschenko steht auch sein Treffen mit Bundeskanzler Sebastian Kurz. Schwerpunktthemen der Gespräche sind die Vertiefung des politischen Dialogs, der Beziehungen zwischen beiden Ländern im Handels- und Investitionsbereich, die Lage in der Ostukraine und die Sanktionspolitik der EU.

Am Abend nimmt Poroschenko mit Alexander Van der Bellen am Wiener Opernball als Ehrengast teil.

[Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 15.](#)

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse - Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Dokutschajewsk, Spartak, Jasinowataja, Shaiptschewo, Styla, Petrowskoje, das Volvo-Zentrum, Golmowskoje, Krasnyj Partisan, Shelesnaja Balka, Kominternowo, Kulikowo, Leninskoje.

Gestern Morgen wurde in der Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ein Haus in Dokutschajewsk, Leninstraße 82, Wohnung 17 beschädigt (Verglasung und eine Wand zwischen den Zimmern).

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 376.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 292.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand ab 1:00 (Moskauer Zeit) am 23. Dezember 2017 in Kraft trat.

de.sputniknews.com: „Weiterer Spannungsherd“: Moskau über US-Einfluss auf Situation im syrischen Afrin

Die jetzige Entwicklung der Situation im syrischen Afrin kann zu einer noch größeren Destabilisierung in der Region führen. Diese Meinung äußerte der russische Vize-Außenminister Oleg Syromolotow am Donnerstag gegenüber Sputnik.

„Wir sind gezwungen, mit Bedauern zu konstatieren, dass sich in Syrien ein weiterer Spannungsherd ausweitet“, sagte er in Bezug auf die Situation in Afrin.

Wie Syromolotow ferner ausführte, gehen die Interessen der USA und der Türkei in der Region immer mehr auseinander. Die Nato-Verbündeten befänden sich faktisch auf verschiedenen Seiten der Barrikaden.

„Ankara hat uns versichert, dass die vom türkischen Militär unternommenen Anstrengungen jener Arbeit, die die Türkei im Bereich der politischen Regelung in Syrien leistet und weiterhin leisten wird, ganz und gar nicht widersprechen“, so der Vize-Außenminister.

Zugleich sei die jetzige Lage in Afrin provoziert, darunter auch durch das Vorgehen der USA, die ihre Lieferungen von Waffen an die von ihnen kontrollierten Gruppen in Syrien vergrößern wollten. Sie verfolgten dabei angeblich das Ziel, gegen die Terrormiliz Daesh (auch Islamischer Staat, IS) zu kämpfen.

In der Tat könne dies aber nur zu einer noch größeren Destabilisierung in dieser Region führen, so Syromolotow.

Die US-Hilfe für die kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG belastet seit Monaten die Beziehungen zwischen den USA und der Türkei, die die YPG als einen Arm der dort verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK ansieht. Ende Januar forderte der türkische Präsident Erdogan die USA auf, ihre Truppen aus Manbidsch abzuziehen. Das US-Militär lehnte dies ab.

Die türkische Armee hatte am 20. Januar eine Offensive gegen die YPG-Stellungen in der syrischen Region Afrin gestartet. Nach Angaben der Uno kostete die Operation „Olivenzweig“ schon in den ersten Tagen mehreren Zivilisten das Leben.

Die syrische Regierung verurteilt den türkischen Einmarsch. Russland, das in den vergangenen Jahren die syrischen Truppen im Kampf gegen die Terrormilizen IS und die al-Nusra-Front militärisch unterstützt hat, mahnte alle Konfliktparteien zu Zurückhaltung.

Lug-info.com: „Heute um 7:58 wurde bei einem Beschuss von Wergulewka in der Zentralnaja-Straße 47 in der Folge eines direkten Treffers ein Wirtschaftsgebäude von 30 Quadratmetern zerstört. Es wurden drei Schweine und sechs Ferkel getötet. An dem Wohnhaus sind zwei Fenster und das Dach beschädigt“, teilte das Zivilschutzministerium der LVR mit.

„In der Sommerküche sind zwei Fenster und das Dach beschädigt. In der Garage ist ein Fenster beschädigt. In einem zweiten Wirtschaftsgebäude ist das Dach auf einer Fläche von 30 Quadratmetern beschädigt. Eine Stromleitung, die zum Haus führt, ist beschädigt. Die Stromleitung auf der Straße ist ebenfalls beschädigt. 40 Verbraucher haben keinen Strom.“

Eine Reparaturbrigade führt bereits Reparaturarbeiten an den Stromleitungen durch. In der Zentralnaja-Straße 45 sind 5 Meter Zaun und ein Fenster in einem Gartenhäuschen beschädigt“, informierte das Ministerium.

Der Assistent für die Zusammenarbeit mit den Massenmedien des Generalstaatsanwalts Dawid Kaz fügte hinzu, dass der Besitzer des Hauses in der Zentralnaja-Straße die Folgen des direkten Treffers erst am Morgen entdeckt hat, „weil er die ganze Nacht im Keller saß“. Vor Ort sind Ermittler der Polizei.

de.sputniknews.com: Nord Stream 2 AG warnt EU vor Revision ihrer Gas-Richtlinie  
Die Nord Stream 2 AG, Betreiber der Gaspipeline Nord Stream 2, wird im Fall einer Erweiterung der europäischen Gasrichtlinie Schadenersatzforderungen an die Europäische Union stellen. Dies erklärte der Chef der Gazprom-Tochter Nord Stream 2, Matthias Warnig, im Interview mit dem Magazin „WirtschaftsWoche“.

In das Projekt der Nord Stream 2 sind, wie dem Interview zu entnehmen ist, im Vertrauen auf geltendes europäisches Recht bereits rund fünf Milliarden Euro investiert worden.

Die von der Europäischen Union Ende 2017 erarbeiteten Änderungen in der Gasrichtlinie sehen eine Erweiterung der Normen der EU-Gas-Richtlinie auf Pipelines aus Ländern vor, die nicht zur EU gehören. Diese Änderungen könnten bis Ende 2018 angenommen werden.

„Ich habe nicht verstanden, wie eine Erweiterung der europäischen Gasrichtlinie auf Pipelines von außerhalb des EU-Binnenmarktes funktionieren soll“, sagte dazu der Nord-Stream-2-Chef. „Bei Anwendung der Richtlinie wäre bei Nord Stream 2 ein Eigentümerwechsel fällig, denn nach geltendem EU-Recht dürfen Betreiber und Besitzer von Gas-Pipelines nicht identisch sein“, erläutert das Magazin.

Die Gas-Richtlinie soll die Geltung des Dritten Energiepakets der EU auf das Nord-Stream-2-Projekt ausdehnen. Dieses Energiepaket sieht die weitere Liberalisierung des Strom- und Gasmarktes im EU-Binnenmarkt und die Stärkung der Verbraucherrechte vor. Die EU hofft, mit diesem Dokument das Recht der Exportunternehmen auf den Besitz und das Betreiben der Pipelines einzuschränken. Die Europäische Kommission strebt damit eine Teilung des Business in Bezug auf Verkauf und Gastransport an.

Wie die Nord Stream 2 AG am 31. Januar mitteilte, habe Deutschland die Verlegung der Pipeline in den Hoheitsgewässern des Landes genehmigt...

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die Lage in der Donezker Volksrepublik **bleibt angespannt**. Der Gegner hat die Zahl der Beschüsse auf das Territorium der Republik vergrößert und dabei weiterhin von den Minsker Vereinbarungen verbotene Mörser verschiedenen Kalibers sowie Schusswaffen verwendet.

**In Richtung Donezk** hat der Gegner auf die Gebiete von **Dokutschajewsk, Shabitschewo, Jasinowataja, Styla, Petrowskoje und Spartak** 32 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen. Außerdem wurden Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

**In Richtung Gorlowka** haben die ukrainischen Streitkräfte die Gebiete von **Krasnyj Partisan, Golmowskij und Shelesnaja Balka** beschossen. Der Gegner hat fünf Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen. Außerdem haben die ukrainischen Truppen beim Beschuss aktiv verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

**In Richtung Mariupol** wurden die Gebiete von **Kominternowo, Kulikowo und Leninskoje** beschossen. Der Gegner hat Mörser des Kalibers 82mm verwendet und 28 Mörsergeschosse abgeschossen sowie Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **15 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In der Folge eines Beschusses von Dokuschajewsk durch ukrainische Kriegsverbrecher wurde ein Wohnhaus in der Lenin-Straße 82 durch Splitter beschädigt. Zum Glück gab es keine Verluste unter der friedlichen Bevölkerung.

In der Zone der sogenannten ATO ist eine **Gruppe von Offizieren aus dem Kommando der Streitkräfte der USA in Begleitung von Vertretern des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte** eingetroffen. Derzeit werden die Brigaden der ukrainischen Streitkräfte, die zur operativ-taktischen Gruppe „Donezk“ gehören, überprüft. Hauptziel dieser Inspektion ist die **Überprüfung der Bereitschaft der Verbände der ukrainischen Streitkräfte zur Führung von Angriffshandlungen**. Außerdem interessiert die westlichen Spezialisten das **Problem der Unterschlagung von Geldmitteln**, die von Spezialdiensten der USA bereit gestellt wurden, durch das ukrainischen Militärkommando.

Im Ergebnis der Überprüfung haben die amerikanischen Aufseher dem Kommandeur der sogenannten ATO General Sabrodskij nachdrücklich empfohlen, die **Kämpfer des „Rechten Sektors“** von den Positionen im Gebiet von Awdejewka **aufgrund ihrer Unzuverlässigkeit und ihrer Unfähigkeit, Angriffshandlungen zu führen, zu entfernen**. Sabrodskij seinerseits hat unverzüglich die Forderung der westlichen Schutzherren erfüllt und die nationalistischen Kämpfer verlegt.

Ich merke an, dass das Kommando der ukrainischen Streitkräfte zuvor mehrfach erklärt hat, dass die nicht kontrollierten ukrainischen Nationalisten, insbesondere die Kämpfer des „Rechten Sektors“, tief ins Hinterland verlegt wurden und dass die vorderen Verteidigungslinien nur von regulären Einheiten besetzt sind. Im Zusammenhang damit haben sich die ukrainischen Generäle auch geweigert, die Verluste unter den Nationalisten anzuerkennen.

Heute ist der **Jahrestag einer schrecklichen Tragödie** und eines großen Verlustes für unser Volk. Genau vor einem Jahr, am 8. Februar, haben ukrainische Terroristen hinterhältig den Helden der Donezker Volksrepublik, den Kommandeur des Bataillons „Somali“ Oberst Michail Tolstych, der weit über die Republik hinaus unter dem Codenamen **„Giwi“** bekannt ist, **ermordet**. Die Strafsoldaten, die mit dem Schwert in unser Land gekommen sind, konnten ihn nicht im Kampf besiegen und sie konnten ihm nur einen Schlag in den Rücken versetzen, indem sie diesen terroristischen Akt begingen. Michail starb... aber die Erinnerung an ihn wird immer in unseren Herzen leben. Er wird für uns immer ein Vorbild für Mut, Selbstlosigkeit und Heldentum sein!

Ukrinform.ua: Poroschenko und Alexander Van der Bellen sprachen in erster Linie über den Donbass

Der ukrainische Staatschef, Petro Poroschenko, hat sich bei Österreich für die Unterstützung einer möglichen UN-Friedensmission im Donbass bedankt.

Das erklärte er nach dem Gespräch mit dem Bundespräsidenten Österreichs Alexander Van der Bellen vor der Presse in Wien. Für die Ukraine sei diese Unterstützung wichtig. Einen wesentlichen Teil seines Gesprächs mit dem österreichischen Staatschef nahm die Lage im Donbass ein, sagte Poroschenko weiter. Er sei Österreich auch sehr dankbar für die humanitäre Hilfe, für die Teilnahme österreichischer Fachkräfte bei der Minenräumung, für die medizinische Versorgung verwundeter Soldaten. „Das ist die Position eines wahren Freundes“, betonte er

**nachmittags:**

de.sputniknews.com: Außenminister-Treffen zu Ostukraine und Minsk II in München  
Die Vorbereitungen für ein neues Treffen der Außenminister Russlands, der Ukraine, der Bundesrepublik und Frankreichs im „Normandie-Format“ laufen. Sie begegnen sich in München am Rande der dortigen Sicherheitskonferenz (MSK) vom 16. bis 18. Februar. Die Vorbereitungen hat MSK-Vorsitzender Wolfgang Ischinger bestätigt.

In München wird es in wenigen Tagen zu einem neuen Treffen der Außenminister Russlands und der Ukraine mit ihren Kollegen aus Deutschland und Frankreich im Rahmen des „Normandie-Formates“ kommen. Das hat Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz (MSK), am Donnerstag in Berlin gegenüber Sputnik bestätigt. Er sagte, dass die entsprechenden Vorbereitungen laufen.

Bei dem Treffen am Rand der Münchner Sicherheitskonferenz (16. bis 18. Februar 2018) wird es um die Lage in der Ostukraine und den Stand der Erfüllung des Minsk II-Abkommens gehen. Der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin hatte Ende Januar ein solches Treffen für den 16. Februar in München angekündigt.

Die Einladung dazu sei vom bundesdeutschen Außenminister Sigmar Gabriel Anfang Januar bei seinem Besuch in Kiew gekommen. Das bestätigte die Bundesregierung auf Nachfrage. Laut Klimkin soll es bei dem Treffen auch um die Kriegsgefangenen und eine mögliche UN-Friedensmission in der Ostukraine gehen. Letztere hatte Russland vorgeschlagen.

av-zakharchenko.su: Am Donnerstag, dem 8. Februar nahm das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko an einer Trauerfeier und Blumenniederlegung an den Gräbern der legendären Kommandeure der Armee der DVR Michail Tolstych (Giwi) und Arsen Pawlow (Motorola) teil, die zum Todestag von Michail Tolstych stattfand. Auf den Friedhof „Donezker Meer“ kamen führende Persönlichkeiten der Republik, Verwandte und Kameraden von Giwi. Alexander Sachartschenko legte Blumen am Grabstein nieder.

„Ich denke, es gibt heute nichts zu sagen, gesprochen werden musste zuvor. Jetzt ist es Zeit zu handeln. Ein Verlust kann nicht zurückgebracht werden, aber er ist immer mit uns“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Das Oberhaupt der DVR wandte sich an die Soldaten aus dem Bataillon „Somali“, die gekommen waren, um das Andenken ihres Kommandeurs zu ehren.

„Heute ist es unsere Aufgabe zu leben. Für uns selbst zu leben und für diese Männer“, sagte er.



[https://dnr-online.ru/wp-content/uploads/2018/02/IMG\\_3143-760x505.jpg](https://dnr-online.ru/wp-content/uploads/2018/02/IMG_3143-760x505.jpg)

de.sputniknews.com: Darauf zielen die USA in Syrien wirklich ab – Moskau über jüngste US-Aktivitäten

Die jüngsten Handlungen der US-geführten Koalition in Syrien haben laut dem russischen Verteidigungsministerium gezeigt, dass Washington sich die der Arabischen Republik gehörenden Aktiva aneignen will.

„Der jüngste Vorfall demonstrierte erneut, dass das echte Ziel der gesetzwidrigen Präsenz der US-Kräfte in Syrien nicht mehr der Kampf gegen die internationale Terrormiliz ist, sondern die Eroberung und das Festhalten der Kontrolle über die Wirtschaftsaktiva, die ausschließlich der Syrischen Arabischen Republik gehören“, teilte das russische Verteidigungsministerium am Donnerstag mit.

Die Koalition hatte in der Nacht auf Donnerstag einen Angriff der Proregierungstruppen in Syrien auf einen Stab der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) gemeldet. Die Attacke soll in acht Kilometer Entfernung östlich von der vereinbarten Waffenruhelinie am Euphrat erfolgt sein. Zur Verteidigung der Koalitions- und Partnerkräfte habe die Koalition eigenen Angaben zufolge die attackierenden Kräfte angegriffen, um einen Aggressionsakt gegenüber Partnern, die sich am Kampf gegen die Terrormiliz Daesh (auch „Islamischer Staat“, IS) beteiligen, abzuwehren.

Die Medien berichteten unter Berufung auf einen US-Beamten, der anonym bleiben wollte, über etwa 100 getötete Kämpfer der syrischen Regierungskräfte.

[Ukrinform.ua: US-Repräsentantenhaus verabschiedet Gesetz zur Kooperation mit Ukraine im Bereich Cybersicherheit](#)

[Das US-Repräsentantenhaus hat mit großer Mehrheit den Ukraine Cybersecurity Cooperation Act gebilligt.](#)

[Für den parteiübergreifenden Gesetzentwurf, der von dem demokratischen Abgeordneten, Brendan Boyle, eingebracht wurde, votierten 404 Abgeordnete, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.](#)

Das Gesetz sieht Hilfe für die Ukraine zur Verbesserung der Strategie der Cybersicherheit vor. Der Kongress und die US-Regierung müssen dazu eine Reihe von konkreten Schritten unternehmen. Es geht vor allem um die Verbesserung des Schutzes von Computernetzen der ukrainischen Regierung, Verringerung der Abhängigkeit von russischen Informationssystemen und bessere Möglichkeiten für die internationale Zusammenarbeit der Ukraine im Cyberraum. Im Gesetz wird auch betont, dass die USA der Charta über die strategische Partnerschaft mit der Ukraine, dem Budapester Memorandum und der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Nato treu bleiben.

Über den Gesetzentwurf wird noch der US-Senat abstimmen. Dann muss ihn Präsident Donald Trump unterzeichnen.

de.sputniknews.com: Sacharowa: USA helfen IS-Terroristen bei Flucht vor syrischer Armee  
Die von den USA eingerichtete sogenannte Schutzzone hilft laut der Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, den Kämpfern der Terrormiliz Daesh (auch Islamischer Staat, IS), vor den syrischen Regierungstruppen zu flüchten.

„Die einseitig von den Amerikanern im Süden dieses Staates eingerichtete 55 Kilometer lange Zone rund um ihre Basis im Raum der Ortschaft At-Tanf wird von den restlichen IS-Terroristen genutzt“, sagte Sacharowa am Donnerstag bei einem Pressegespräch in Moskau. Ihren Worten zufolge haben die IS-Kämpfer die Möglichkeit, sich in diesem großen Gebiet vor der Verfolgung der syrischen Regierungstruppen zu verschanzen, sich dort umzugruppieren und sich für ihre neuen Ausfälle in die syrische Wüste zu bewaffnen. Zuvor hatte Generalleutnant Sergej Kuralenko, Chef des Versöhnungszentrums in Syrien, erklärt, die USA hätten eine 55 Kilometer breite Zone um ihren Militärstützpunkt im syrischen At-Tanf an der Grenze zum Irak geschlossen und somit rund 50.000 Bewohner isoliert, die außerdem keinen Zugang zu humanitärer Hilfe hätten.

Dnr-news.com: Das ukrainische Gesetz zur Reintegration des Donbass wurde dem Präsidenten zur Unterzeichnung vorgelegt

Das Gesetz zur Reintegration des Donbass wurde dem Präsidenten der Ukraine Petr Poroschenko zur Unterzeichnung übergeben. Dies wird auf der Karte des Gesetzentwurfs auf der Webseite der Obersten Rada dargestellt.

„Heute, am 08. Februar, unterschrieb der Sprecher des ukrainischen Parlamentes Andrej Parabuj das in der Rada verabschiedete Gesetz.“

Zuvor hatte zu Beginn der laufenden Plenarwoche die Rada die Unterzeichnung des Gesetzentwurfs freigegeben und eine blockierende Resolution des „Oppositionsblocks“ abgelehnt.

de.sputniknews.com: „Großvater würde mich nicht verstehen“: Ukrainische Soldaten gegen neuen UPA-Gruß

Ukrainische Soldaten sind über die neue Initiative Kiews, den militärischen Gruß in der ukrainischen Armee zu ändern, nicht gerade begeistert. Viele weigern sich laut dem Nachrichtenportal „Strana.ua“, ihre Kollegen und Vorgesetzte mit einem nationalistischen Ruf zu begrüßen.

„Der bisherige Gruß war mir irgendwie lieber“, zitiert das Portal einen Soldaten namens Juri. „Mal ändert man unsere Barette, mal den Gruß. Sie sollten sich lieber mit einer besseren Versorgung und Ausbildung der Armee beschäftigen – und nicht auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit. Und sie sollten die Diebe in den Stäben in den Knast schicken“, sagte er weiter. Zuvor hatte das ukrainische Ministerkabinett vorgeschlagen, den nationalistischen Ruf „Ruhm der Ukraine – Ruhm den Helden!“ als militärischen Gruß bei der Armee einzuführen. Das ist die Losung der nationalistischen Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA). Die UPA wurde

2014 in Russland per Beschluss des Obersten Gerichts zu einer extremistischen Organisation erklärt. Im Jahr 2016 hatte das polnische Parlament die Verbrechen der UPA gegen die polnische Bevölkerung als Genozid eingestuft.

Ein weiterer Militärangehöriger brachte gegenüber dem Portal seine Entrüstung zum Ausdruck: „Wir sind keine UPA, wir sind die ukrainische Armee. Mein Großvater würde mich nicht verstehen – er lebt noch und unterstützt durchaus die Ukraine, aber ohne den Nationalismus.“ Die Armee sei ein Staat in sich. Sie müsse abseits der Politik stehen. „Und dieser Gruß stinkt drei Meilen gegen den Wind nach Politik.“

Die Initiative fand bei einigen Militärs auch Anklang. „Ein durchaus vernünftiger Vorschlag. Man hätte schon längst auf den alten sowjetischen Gruß verzichten sollen“, so Jaroslaw K., ein Offizier der Frontaufklärung.

Der Ruf „Ruhm der Ukraine – den Helden Ruhm!“ werde sowieso schon inoffiziell unter den Soldaten verwendet. „Es ist an der Zeit, das auch offiziell zu machen“, zitiert das Portal Alexander D., einen Freiwilligen, der im Donbass kämpft.

Seit dem Regierungswechsel infolge von Protesten im Jahr 2013, auch bekannt als „Euromaidan“, erfolgt unter der Regierung des Präsidenten Petro Poroschenko eine verstärkte nationalistische Politik, die Konfrontationen mit Russland und seit Neuem auch mit Polen einschließt.

Die ukrainische Regierung hatte 2015 im Zuge der sogenannten „Dekommunisierung“ mehrere Gesetze zum Verbot „sowjetischer Propaganda“ verabschiedet. Die Maßnahmen sahen die Entfernung aller sowjetischen Denkmäler und die Umbenennung von Plätzen und Straßen vor, die Namen sowjetischer Politiker, Militärs und anderer Persönlichkeiten tragen.

**lug-info.com: Die Energieversorgung von Wergulewka im Kreis Brjanka, die heute Nacht durch einen Beschuss der ukrainischen Truppen teilweise unterbrochen war, ist wieder vollständig in Betrieb, teilte die Stadtverwaltung von Brjanka mit.**

de.sputniknews.com: US-Militärs prüfen Gefechtsbereitschaft ukrainischer Armee – Donezk  
Im Donbass ist eine Delegation von Pentagon-Offizieren zur Prüfung der Bereitschaft der ukrainischen Streitkräfte zu einer Offensive eingetroffen. Dies teilte der Vize-Befehlshaber der Streitkräfte der selbsternannten Volksrepublik Donezk, Eduard Bassurin, am Donnerstag mit.

Ihm zufolge werden die US-Offiziere von Vertretern des ukrainischen Generalstabs begleitet.

„Zurzeit werden Brigaden der ukrainischen Streitkräfte einer Kontrolle unterzogen, die zum Bestand der operativ-taktischen Gruppierung ‚Donezk‘ gehören“, fügte Bassurin hinzu.

Zuvor gab der Bevollmächtigte der Volksrepublik Donezk in der Minsker Kontaktgruppe (zur Umsetzung des Friedensplanes in der Ukraine – Anm. d. Red.), Denis Puschilin, bekannt, dass die ukrainischen Militärs weiterhin Ortschaften in der neutralen Zone besetzen, was den Minsker Vereinbarungen widerspreche.

In der Volksrepublik Donezk wurde mehrmals darauf hingewiesen, dass an der Seite der ukrainischen Streitkräfte ausländische Söldner kämpfen und Instrukteure aus den Nato-Ländern die Aktivitäten der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte koordinieren würden.

Nach Angaben des Einsatzkommandos der Volksrepublik Donezk seien im Donbass über 60 polnische und litauische Scharfschützen und Zielkanoniere stationiert.

Die Behörde berichtete zudem über 129 Instrukteure aus den USA, Kanada, der Türkei, Algerien, Litauen, Lettland und Großbritannien, die die ukrainischen Militärs ausbilden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31841/86/318418665.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Gemäß den Angaben der OSZE-Mission, die in dem Tagesbericht vom 6. Februar veröffentlicht sind, haben die ukrainischen Streitkräfte einen weiteren Versuch unternommen, eine Drohne der Mission abzuschießen. „Bei der Durchführung eines Drohnenflugs über die Feuerpositionen in Michajlowka (von der Regierung kontrolliert, 82km nordwestlich von Lugansk) hat das Team der Mission 700m nördlich von seiner Positionen 30 Salven mit Schusswaffen gehört, die als Feuer auf die Drohne bewertet wurden, die auch 700m nördlich der Beobachter flog. Die Mitglieder der Patrouille der Mission landeten die Drohnen, die nicht beschädigt war, und verließen das Gebiet.

Es muss angemerkt werden, dass dies schon der dritte derartige Fall in einer Woche ist. Zuvor haben wir mitgeteilt, dass am 3. Februar ein solcher Vorfall an einem Lagerorte für abgezogene Waffen der ukrainischen Streitkräfte erfolgte. Außerdem hat die Mission in ihrem Arbeitsbericht am 7. Februar darauf hingewiesen, dass ihre Vertreter am 2. Februar während des Flugs einer Drohne mit einer Bedrohung ihrer Sicherheit von Seiten der ukrainischen Streitkräfte zu tun hatten.

Es ist offensichtlich, dass die ukrainischen Truppen vorsätzliche Hindernissen für die Nutzung technischer Beobachtungsmittel der OSZE schaffen, um den Abzug von gelagerten Waffen aus den Lagerorten und deren Konzentration an der Kontaktlinie, worüber auch in den Berichten informiert wird, zu verheimlichen.

Die Handlungen der ukrainischen Truppen verletzen die Minsker Vereinbarungen und die Vereinbarungen, die am 20.12.2017 auf einer Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk erreicht wurden, sowie das Mandat der OSZE-Mission. Wir rufen die Mission und die Garantestaaten der Minsker Vereinbarungen auf, die ukrainische Seite zu verurteilen und zur Verantwortung zu ziehen.

de.sputniknews.com: Moskau will mit Washington zulässige Annäherung im Luftraum und auf See festlegen

Moskau schlägt Washington vor, sich über die maximal zulässige Annäherung für Schiffe und Flugzeuge zu einigen. Es gebe zurzeit aber keine Antwort aus den USA, teilte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, bei einer Pressekonferenz am Donnerstag mit.

„Mit Blick auf das sogenannte Abfangen von Kriegsschiffen und Militärflugzeugen, das jetzt in aller Munde ist, setzen wir uns aktiv für die Ergänzung der bilateralen Abkommen über die Verhütung von Zwischenfällen im Luftraum und auf Hoher See aus dem Jahr 1972 durch eine Bestimmung über die maximal zulässige Annäherung ein“, sagte Sacharowa.

Die US-Kollegen, die sich gerne über Abfangmanöver beschweren würden, wollten aus irgendeinem Grund keine zusätzlichen Regeln für die Sicherheit von Flügen und der Seefahrt besprechen, so die Pressesprecherin weiter.

Zuvor hatte das Pentagon erklärt, dass es auf die Flüge nahe der russischen Grenze nicht verzichten und den internationalen Luftraum an der russischen Küste durch die US-Luftwaffe auch weiter überwachen lassen wolle. Die Äußerung stand im Zusammenhang mit einem Vorfall vom 29. Januar. Damals begleitete ein russischer Su-27-Kampffjet ein Flugzeug der US-Luftwaffe vom Typ EP-3 Aries im Luftraum über dem Schwarzen Meer bei der Halbinsel Krim und drängte es von der russischen Grenze ab.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **hat sich verschärft**, in den letzten 24 Stunden haben ukrainische Soldaten sechsmal das Regime der Feueinstellung verletzt.

Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo, Nishneje Losowoje, Krasnyj Liman und Wergulewka**. Bei dem Beschuss verwendeten die ukrainischen Streitkräfte 152mm-Artillerieschütze, 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen.

Insgesamt wurden etwa 60 Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Die verbrecherische ukrainische Militärführung hat nicht die Absicht, die Vereinbarungen zu einem Regime der Feueinstellung einzuhalten, und unternimmt alles für eine weitere Eskalation des Konflikts im Südosten der Ukraine.

Die ukrainischen Truppen haben die Aufklärung an der Kontaktlinie verstärkt, unter anderem mit Hilfe von Drohnen. Es wurde die Aktivität von Drohneneinheiten aus der 54.

mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte in Richtung Luganskoje-Debalzewo festgestellt.

Außerdem wurden im Verantwortungsbereich der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte ausgerüstete Unterstände für Artillerieschütze entdeckt, die in der nächsten Zeit ihre Positionen einnehmen können.

Die Fakten sind eine weitere Bestätigung dafür, dass die ukrainische Seite die Situation im Donbass nicht auf friedlichem Weg lösen wird und auf Angriffsaktivitäten im Bereich des Swetlordarsker Bogens abzielt.

In der „ATO“-Zone gibt es weiter Fälle nicht kampfbedingter Verluste der ukrainischen Streitkräfte.

Am 5. Februar beging ein Soldat der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, während er sich auf seinem Kampfposten befand, Selbstmord, weil er die Willkür von Seiten des kommandierenden Personals der Einheit nicht aushielt.

Eine Reihe von Massenmedien haben eine Liste von Ortschaften veröffentlicht, die die Kiewer Truppen angeblich planen unter ihre Kontrolle zu nehmen.

Dies ist vor allem für die ukrainischen Streitkräfte gefährlich, weil Molodjoshnoje anders als die zuvor von ihnen genannten Ortschaften unter unserer Kontrolle ist und der Gegner im Fall eines Versuchs der Einnahme dieser Ortschaft eine angemessene Antwort erhalten wird.

Ich möchte auch anmerken, dass durch dies Ortschaft ständig Patrouillen der OSZE-Mission in Richtung Popasnaja fahren und im Fall einer Aktivierung der Kämpfe kann den internationalen Beobachtern Gefahr von Seiten der ukrainischen Streitkräfte drohen.

de.sputniknews.com: Nato-Hauptquartier bald in Deutschland?

Im Zuge der Aufrüstung der Nato will die Bundeswehr ein Hauptquartier der Allianz für schnelle Truppen- und Materialtransporte aufbauen. Damit will sich die Nato vor einer vermeintlichen Aggression Russlands schützen.

Die Bündnisstaaten haben sich nach dpa-Informationen grundsätzlich darauf verständigt, ein entsprechendes Angebot von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) anzunehmen. Standort könnte die Region Köln-Bonn werden.

Die offizielle Entscheidung solle bei einem Nato-Verteidigungsministertreffen in der kommenden Woche verkündet werden.

Ein zweites neues Hauptquartier werde in den USA aufgebaut. Es soll die Luft- und Seewege zwischen Nordamerika und Europa über den Atlantik sichern.

Das Besondere an dem neuen Hauptquartier in Deutschland soll sein, dass es nicht in die bestehende Nato-Kommandostruktur integriert wird. Dies könnte es ermöglichen, das Personal und die Fähigkeiten auch für nationale Übungen und Einsätze außerhalb des Bündnisses zu nutzen.

Dnr-online.ru: Der Bürgermeister von Gorlowka, Iwan Prichodko, leitete von den ersten Tagen des Konflikts an frontnahe Bezirke der DVR. In einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR berichtete er über drei Jahre Krieg im Donbass und die Nichteinhaltung der Vereinbarungen durch die Ukraine.

„Zweifellos ist es nach der Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen in der Republik etwas ruhiger geworden.. Aber es ist nicht möglich, 2015-2016 und 2018 in der Zahl der Beschüsse zu vergleichen. Alles verläuft sehr wellenförmig. Oft hängen die Beschüsse von Seiten der Ukraine von der politischen Situation in Kiew ab. Wenn es nötig ist, das ukrainische Volk von bestimmten Unzufriedenheiten abzulenken, beginnt eine Verschärfung und das Feuer wird verstärkt. Man kann konstatieren, dass es weniger Schüsse namentlich mit schwerer Artillerie gibt, aber die Beschüsse unseres Territoriums hören nicht auf. Kämpfe an der ganzen Frontlinie erfolgen praktisch jeden Tag unter Verwendung von Schusswaffen und Unterlaufartillerie.

Ich kann mit Überzeugung sagen, dass wir dank der Minsker Vereinbarungen Tausende von Leben friedlicher Einwohner bewahren konnten. In drei Jahren haben sich unsere Leute an vieles gewöhnt, im Fall einer Eskalation des Konflikts stehen unsere Bürger bereit und werden kämpfen, aber ich bin vollständig überzeugt, dass für die Menschen jetzt Frieden und Stabilität wichtiger ist“, sagte Iwan Prichodko.

Im Verlauf des Gesprächs äußerte er die Meinung, dass es derzeit keine Alternativen zu den Minsker Vereinbarungen gibt. Dank Minsk ist es gelungen, die Ökonomie der Republik zu entwickeln, das Bauwesen wieder aufzunehmen, aber das wichtigste, die Zahl der Beschüsse mit schwerer Artillerie von Seiten der ukrainischen Streitkräfte zu verringern. Iwan Prichodko unterstrich auch, dass es zwei Hauptaspekte gibt, warum Kiew bis heute die Punkte der Minsker Vereinbarungen nicht erfüllt hat: „Der erste Aspekt ist ein politischer - Poroschenko kann mit den radikalen Auffassungen in der Ukraine nicht fertig werden und gegen sie handeln. Der zweite Aspekt ist ein finanzieller – der Krieg nützt dem Kiewer Regime. Die Ströme, die in die Ukraine fließen und angeblich in den Krieg gehen, werden gewissenlos von der Führung des Landes gestohlen. Die Oberschicht füllt ihre Offshore-Konten, deshalb wird die Ukraine, solange die Finanzierung von Seiten der USA und Europas erfolgt, nicht aufhören zu kämpfen“, sagte Iwan Prichodko.

de.sputniknews.com: Im Auftrag Kanadas: Hacker decken gezielte Schwächung von russischem Sport auf

Die unabhängige Kommission der Welt-Anti-Doping-Agentur (Wada) unter Führung von Richard McLaren hat mit ihrem Bericht über Doping im russischen Sport einen Auftrag der Regierung Kanadas ausgeführt. Dies teilt die Hacker-Gruppe Fancy Bears auf ihrer Webseite mit.

Laut dieser Mitteilung sollen im Februar 2004 in Kanada 13 nationale Föderationen für Wintersportarten, das Nationale Olympische Komitee und mehrere andere Organisationen die Arbeit an einem Projekt gestartet haben, das den Namen „Own the Podium“ (deutsch: „Besitze das Podium“, im Englischen kurz OTP genannt) erhielt. Die Entscheidung, ein solches Programm auszuarbeiten, sei wegen des wenig erfolgreichen Abschneidens der kanadischen Sportler getroffen worden, insbesondere bei den von Kanada ausgetragenen Olympischen Sommerspielen 1976 in Montreal und den Olympischen Winterspielen 1988 in Calgary, wo die Kanadier keine einzige Goldmedaille holten.

Im Jahr 2005 soll das Projekt laut der Hacker-Gruppe Fancy Bears angelaufen sein. Der Hauptsponsor sei die kanadische Regierung gewesen, und zwar bei zusätzlicher Finanzierung des NOK, das dieses Projekt leitet. Den Hackern seien Finanzberichte dieses Programmes zugänglich geworden, für das Millionen Dollar ausgegeben worden seien. Die Fancy Bears weisen darauf hin, dass das OTP-Projekt eng mit der Wada kooperiere und die nationalen Interessen Kanadas schütze.

Das Programm sei durchaus erfolgreich gewesen, stellen die Hacker fest. Bei den Olympischen Winterspielen in Vancouver hätten die kanadischen Olympioniken insgesamt 14 Goldmedaillen erkämpft. Dann aber sei es nicht mehr so erfolgreich gelaufen, und die kanadischen Sportler hätten bei den nächsten drei Olympiaden nicht mehr so gut abgeschnitten.

„Hier kommt eine einfache Lösung der Frage: Wenn man die Konkurrenten nicht besiegen kann, muss man sie fernhalten. Die Kanadier wählten Russland als Zielscheibe und führten den Kampf gegen Doping im Sport an“, schreiben die Fancy Bears. „Der kanadische Jurist Richard McLaren leitete die Ermittlungen der in Kanada beheimateten Wada, um die Existenz eines Doping-Systems in Russland zu entlarven. Die realen Ziele des McLaren-Berichts standen im Vorhinein fest. McLaren hat seine Mission erfüllt. Er hat eine tadellose Arbeit geleistet, die zum Ausschluss der Auswahl Russlands und seiner führenden Sportler von den Wettkämpfen in Pyeongchang geführt hat“, heißt es in der von den Hackern verbreiteten Erklärung.

Im Januar hatte die Hacker-Gruppe Fancy Bears diese Tatsache bestätigende Dokumente und ebenso interne E-Mails der Führung des IOC und der Wada ins Netz gestellt, in denen es hieß, das Ziel der McLaren-Kommission sei der Ausschluss der russischen Sportler von der Teilnahme an den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro (2016) und in Pyeongchang gewesen, ebenso die Diskreditierung des IOC und der olympischen Bewegung insgesamt. Auch sei es ein Kampf um Macht und Geld im internationalen Sport gewesen.

Lug-info.com: „Gestern um 18:45 wurde Komissarowka (Perewalskij-Bezirk) beschossen. In der Folge des Beschusses wurde ein Fenster eines Wohnhauses beschädigt und eine Sommerküche zerstört, bei einem zweiten Haus in der Straße des 8. März wurden ein Fenster und das Schieferdach beschädigt. Ein Schornstein und zwei Fenster eines Wohnhauses in der Schkolnaja-Straße wurden durch Splitter beschädigt“, teilte das Zivilschutzministerium der LVR mit.

„In der Folge des Beschusses wurde ein Transformator beschädigt, die Stromversorgung ist bereits wieder in Betrieb“, fügte das Ministerium hinzu.

## Abends:

ukrinform.ua: Bundeskanzler Kurz unterstützt UN-Friedensmission in der Ostukraine  
Österreich ist bereit, die Initiative einer Friedensmission der Vereinten Nationen in der Ostukraine zu unterstützen.

Das erklärte der österreichische Bundeskanzler, Sebastian Kurz, nach einem Treffen mit dem Staatschef der Ukraine, Petro Poroschenko, in Wien, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Die Bundesregierung werde diese Idee unterstützen und könne bei der Umsetzung des Projekts helfen.

Sebastian Kurz sprach sich auch für eine weitere Entwicklung der Zusammenarbeit mit der Ukraine aus. Er gab seine Hoffnung auf einen stabilen Frieden in der Ostukraine zum Ausdruck.

de.sputniknews.com: „Modelloffensive“ im Waffenexport: Kiew verramscht Restposten seiner Armee

Ukrainische Rüstungsfirmen sollen mit den ganz Großen der Branche mitziehen: Zu den Top-5-Waffenbauern der Welt soll das Land bald aufsteigen, hat Präsident Poroschenko 2015 verkündet. Ein ambitionierter wie gescheiterter Plan: Was ukrainische Firmen derzeit liefern, sind Jets, die nicht fliegen, und Panzer, die nicht fahren.

Ein ukrainisches Reparaturwerk hat neulich MiG-Jäger der kroatischen Luftwaffe kaputtmodernisiert. Einige der zwölf Kampfflugzeuge konnten nach der Generalüberholung in der Ukraine nicht abheben – andere durften gar nicht, weil ihre Treibstofftanks nach der Reparatur undicht und ihre Navigationsgeräte unpräzise waren.

Zagreb wird die unbrauchbaren Jets in Kürze an die Ukraine zurückgeben und funktionstüchtige Flugzeuge als Ersatz verlangen, berichteten kroatische Medien.

Die zuständige Firma in der Ukraine – Ukrspecexport – weist jede Verantwortung von sich: Es sei alles unwahr, was die Medien da sagen. Und überhaupt liege das alles nur daran, dass Moskau unlauteren Wettbewerb betreibe, hieß es sinngemäß aus dem Unternehmen, schreibt der Fachjournalist Andrej Koz in seinem Beitrag für „Sputniknews“.

Geplatze Panzer(deals)

Es ist bei weitem nicht das erste Mal, dass die ukrainische Rüstungswirtschaft ihre Kunden im Stich lässt.

Bagdad etwa gab Anfang 2014 ganze 42 Schützenpanzer BTR-4 an den ukrainischen Hersteller zurück und stieg aus dem Kaufvertrag aus. Von den 88 Panzerfahrzeugen, die die Ukraine bis dato bereits geliefert hatte, sprangen nämlich nur 56 an – losfahren konnten davon nur 34.

Außerdem waren da laut dem Journalisten noch solche „Kleinigkeiten“ wie unpräzise Zielgeräte und Feuerleitsysteme, kaputte Kanonen, Maschinengewehre und Granatwerfer, leere Batterien und... Risse in der Panzerung.

Die Fahrzeuge seien alt, rostig und einsatzuntauglich, hatte ein Sprecher des Verteidigungsausschusses im irakischen Parlament 2013, vor der Rückgabe, bemängelt.

Deutlichere Worte fand 2011 der ehemalige Verteidigungsminister von Thailand, Prawit Wongsuwan: Der Vertrag mit der Ukraine sei zum größten Problem bei der Modernisierung der thailändischen Armee geworden. Der Minister meinte den Kauf ukrainischer Kampfpanzer vom Typ Oplot auf der Basis des alten sowjetischen T-80.

Nein, diese Panzer barsteten und rosteten nicht wie die BTR-4 – sie fuhren sogar. Nur waren sie, wie der Militärexperte Koz schreibt, mit Mühe und Not als neue Technik zu bezeichnen. Denn die ukrainische Herstellerfirma verbaute in diesen Stahlkolossen Teile (auch die Motoren) alter Sowjetpanzer, die die Ukraine von der UdSSR sozusagen geerbt hatte. Diese

wurden teils eingemottet, teils einfach unter freiem Himmel aufbewahrt.

Doch das war noch gar nicht das Hauptproblem beim Thailand-Deal. Sondern: Die ukrainische Rüstungsindustrie schaffte es einfach nicht, den Bau von 54 Kampfpanzern zu stemmen. Innerhalb von fünf Jahren wurden laut dem Fachjournalisten nur 20 Oplot-Panzer gebaut.

Als der ukrainische Hersteller seinen Kunden 2015 darum bat, die vereinbarte Lieferung auf 2017 zu verschieben, platzte den Verantwortlichen in Thailand offenbar der Kragen. Heute beschafft Bangkok den VT-4 der Chinesen, so der Journalist. Dieser Deal ist inzwischen unter Dach und Fach.

Noch ein Beispiel mit dem BTR-4: Kasachstan hatte 2012 mit der Ukraine vereinbart, den Schützenpanzer für die eigenen Streitkräfte in einem Joint-Venture herzustellen. Dazu kam es aber nicht, weil Kasachstan schon beim ersten Vorserienexemplar schwerwiegende Mängel festgestellt und den Prototyp an die Ukraine zurückgegeben hatte.

Diesem Beispiel folgte aus dem gleichen Grund Indonesien. Jakarta gab seine fünf BTR-4 nach umfangreichen Tests an den Hersteller zurück – und kaufte stattdessen den BT-3F bei den Russen.

Restposten-Ausverkauf

„Die Lage, in der sich die ukrainische Rüstungswirtschaft befindet, ist ein Ausdruck für die Misswirtschaft jener Führungsleute, die heute in Kiew an der Macht sind. Sie handeln nach der Logik der Ausbeutung: Was zählt, sind schnelle, kurzfristige Profite“, sagte der Politologe Semjon Uralow laut dem Journalisten.

An dieser Stelle sei noch einmal an den ambitionierten Plan von Präsident Poroschenko erinnert, die Ukraine zu einem der weltbesten Waffenexporteure zu machen. Dieses Ziel wird Kiew offenbar nur auf einem Wege erreichen können, schreibt der Fachjournalist Koz: Durch den grandiosen Ausverkauf der eigenen Armeebestände, die noch etwas taugen.

Solch eine „Großzügigkeit“ wird, so der Journalist, für die Schlagkraft der ukrainischen Armee, die ohnehin ordentliche Verluste im Donbass einfährt, natürlich Konsequenzen haben. Außerdem sind die ukrainischen Armeebestände nicht unerschöpflich: Ein großer Teil des Militärbestands aus der Sowjetzeit ist ja schon in alle Welt verkauft.

Die zahllosen Probleme mit den Kampf- und Schützenpanzern – und kürzlich mit den kroatischen MiGs – sind, so der Experte, nur die Spitze des Eisbergs. Dahinter verbirgt sich eine tiefe Krise der ukrainischen Rüstungswirtschaft und der gesamten ukrainischen Staatsführung.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31944/65/319446593.jpg>

de.sputniknews.com: Moskau: USA soll weltweite „Jagd“ auf russische Bürger stoppen  
Moskau ruft Washington dazu auf, jegliche Festnahmen von russischen Bürgern in dritten Ländern einzustellen. Dies erklärte die offizielle Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, während eines Briefings am Donnerstag.

„Leider wächst weiterhin die Zahl der Festnahmen von unseren Bürgern in dritten Ländern bei unmittelbarer Unterstützung durch US-Bürger. Dabei entfiel auf das Jahr 2017 ein regelrechter Durchbruch in dieser Hinsicht – es sind elf Vorfälle registriert worden“, so Sacharowa.

Sacharowa erinnerte daran, dass das russische Außenministerium regelmäßig Empfehlungen für die ins Ausland reisenden russischen Staatsbürger veröffentliche. Sie empfahl, diese ernst zu nehmen.

„Die Gefahr ist absolut real. Die Russen, die bereits von US-Geheimdiensten vermerkt wurden, werden einfach unter verschiedenen Vorwänden ins Ausland gelockt, dort festgenommen und danach in die USA gebracht. Alle diese Fälle sind uns bekannt“, sagte die Außenamtssprecherin.

Ihr zufolge werden Russen „entsprechenden Beeinflussungen und Bedrohungen ausgesetzt“.

„Wir fordern zudem von den USA, die unakzeptable Praxis der Jagd auf russische Bürger weltweit einzustellen, obwohl die USA leider keine Bereitschaft dazu signalisieren“, so Sacharowa.

Wpered.su: Am 8. Februar wurde in Donezk, in der Schule Nr. 30, das Andenken des Soldaten der kommunistischen Freiwilligeneinheit der Brigade „Prisrak“ Wsewolod Petrowskij geehrt. Vor genau drei Jahren starb er in den Kämpfen um Debalzewo.

„Sewa war ein prinzipienfester, kompromissloser und sich selbst und anderen gegenüber ehrlicher Mensch. Das, was er seit dem Frühjahr 2014 tat, ist eine Heldentat. Eine Heldentat ist eine Entscheidung, die ein Menschen trifft, sich zu opfern, um anderen zu helfen“, meinte Wjatscheslaw Petrowskij, der Vater von Wsewolod. Tatjana Petrowskaja, die Mutter des gefallenen Soldaten, sagte, dass Wsewolod selbst seine Handlungen niemals für Heldentaten hielt. Er fasste sie als Pflicht auf.

Während der Veranstaltung lasen die Schüler der Schule Verse, zeigen Filme und sagen Lieder über die Verteidiger des Donbass Michail Tolstych und Wsewolod Petrowskij, die am 8. Februar starben. Ein solches Treffen fand in der Schule Nr. 30, die Sewa besuchte, seit 2016 bereits zum dritten Mal statt.



[http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/02/IMG\\_20180208\\_135229.jpg](http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/02/IMG_20180208_135229.jpg)

de.sputniknews.com: Russlands „Einmischung in Brexit“: YouTube findet keine Beweise  
 YouTube hat keine Beweise gefunden, die auf eine Einmischung Russlands in das Referendum über den Austritt Großbritanniens aus der EU hinweisen. Dies teilte die Direktorin des Unternehmens für Beziehungen zu staatlichen Institutionen, Juniper Downs, am Donnerstag mit.

„Wir haben eine gründliche Ermittlung bezüglich der Brexit-Abstimmung durchgeführt und keine Bestätigung für eine Einmischung gefunden. Wir haben alle Werbeanzeigen, die irgendeine Verbindung zu Russland haben, überprüft, und keine Beweise dafür gefunden, dass unsere Services für eine Einmischung in das Referendum benutzt worden wären“, erklärte Downs.

Am Donnerstag haben die dem Thema „Fake News“ gewidmeten Anhörungen des britischen Parlaments in Washington stattgefunden, an denen sich Vertreter von Google, YouTube, Facebook, Twitter, CNN und CBS beteiligten. Die Veranstaltung fand im Rahmen des Besuchs der Delegation des britischen Ausschusses für Digitaltechnologien in die USA statt. Zuvor hatten Twitter und Facebook der britischen Wahlkommission einen Bericht zur Verfügung gestellt. Darin sei von einer durch russische Strukturen bezahlten Werbung die Rede gewesen. Facebook habe mitgeteilt, dass für „russische“ Werbung, die britische Facebook-Nutzer im Zuge der Brexit-Abstimmung gesehen haben, weniger als ein Dollar ausgegeben worden sei. Twitter teilte mit, dass der TV-Sender RT für Werbung 1000 Dollar ausgegeben habe.

Im Westen scheint es inzwischen zu einer Tradition geworden zu sein, Russland für alle Probleme oder ungeahnten Folgen von Ereignissen zum Sündenbock zu machen. So wird Moskau unter anderem die Einmischung in die US-Präsidentschaftswahl und die Beeinflussung des Brexit-Referendums sowie der Volksabstimmung über ein unabhängiges

Kataloniens vorgeworfen.